

Mittwoch den 16. Oktober 1918

Dresdner Volkszeitung

Der strassgespannte Bogen.

Der Vorwärts schreibt zu Wilsons Antwort: Die ame. Zeit überaus weitgedehnten Forderungen der entstehenden imperialen englischen und französischen Preise machen den dringenden Stolz wenig, der V. Bogen nicht zu überbrücken. Das beweist, daß es keine Friedensgemeinde wissen wird, es erfordert eine klare demokratische Erneuerung und ist bereit, dem Gedanken eines durch den Vertrag geheiligten Friedens große Opfer zu bringen. Ein Studium dieser Erneuerung ist nicht unmöglich, wenn sich der Einheitsvertritt, daß man auf der einen Seite nicht geneigt ist, dem deutschen Volke einen letzten Verzweiflungskampf zu erlauben. Ob dieser Standpunkt dann unter der gewörmigen oder unter einer anderen Regierung getragen werden würde, jedenfalls kämen durch ihn, ganz abgesehen von den neuen unerreichbaren Forderungen von Monarchen, auch zwei wertvolle Güter in Gefahr, deren Erhaltung nach den Veränderungen der Vergangenheit eigentlich Sinn des Krieges sein soll: die Demokratie des Deutschland und die Errichtung eines Weltverbundes zur dauernden Sicherung des Friedens. Das Schaffen der gegenwärtigen Friedensbestrebungen könnte vielleicht wieder die einen Wille zur Herrschaft bringen, denen die Weltregierung ein Gesetz ist und die (genau wie Clemenceau und die Londoner Morningpost) die Idee eines Weltverbundes als Illusion verleihen.

Großes kann jetzt werden, wenn bald Waffenstillstand wird, wenn die Verhandlungen beginnen und einen allgemeinen Aufstand herbeiführen, mit dem das deutsche Volk sich abschützen kann. Großes kann aber auch vermieden werden, wenn die Prediger der radikal-sischen Erfahrung, der unverhüllten Unterwerfung drüben die Oberhand behalten. Jetzt wird über die Zukunft der Menschheit ihr Jahrhunderte entschieden. Wegen aller, die auf dem Gang der Ereignisse Einfluss haben, die Neutralen, die Sozialisten, Arbeiterveteranen und christliche Friedensfreunde des Auslandes, das wäre dazu tun, daß aus der neuen deutschen Regierung angenommenes Programm Wilsons nicht in sein Gegenentwurf eingeht und zur Aktion erfüllt wird. Die deutsche Sozialdemokratie unterscheidet von den bürgerlichen Friedensstreitenden Deutschlands, ist bereit, alles was menschenmässig ist, zu tun, um die Welt aus dem gegenwärtigen Kürschner in Asien, in ein freieres, besseres Dasein hineinzuführen. Trifft es aber nicht auch, daß es Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen, ohne daß ein bestimmtes Werk wieder in Schutt und Trümmer zerfällt und die Hölle der Vernichtung wieder alle Schlände aufstut.

Befreiungsböse Unterwerfung Deutschlands.

Amsterdam, 16. Oktober. Handelsblad erzählt aus London: Bereits jetzt könne gelangt werden, daß die Antwort des Präsidenten Wilson den allgemeinen Erwartungen der englischen Preise entspricht und der Ausdruck der vorhersehbaren Meinung aller Klassen in Großbritannien und Amerika ist. Lord George empfing gestern aus allen Teilen des Landes Hunderte von Telegrammen, in denen der Regierung nahegelegt wird, aufzuhören zu bleiben und auf der Forderung der Bedingungslosen Übergabe zu bestehen.

Hans, 16. Oktober. Die Pariser Regierungspresse bemüht sich, doch als einzige zulässige Version zu bezeichnen, die die Bedingungen des Waffenstillstands festlegen könne. Echo de Paris meldet, daß sich die Entente darüber einig sei, als Bedingung des Waffenstillstands völlige Kapitulation zu verlangen.

Die Debatte im amerikanischen Senat.

Amsterdam, 16. Oktober. Nach Meldungen aus Washington eröffnete der republikanische Senator Tamm im Senat die Debatte über Deutschlands Friedensantritt. Er erklärte, daß nichts weniger als bedingungslose Übergabe der deutschen Armeen die Forderungen des amerikanischen Volkes befriedigen könnte. Die Senatoren entfingen viele Telegramme aus ihren Wahlkreisen, in denen ihnen angezeigt wird, keinen Waffenstillstand zu schließen. Senator Lodge brachte eine Resolution mit dem Antrag ein, mit der deutschen Regierung keinen anderen Gedankenaustausch über den Waffenstillstand zu führen, und allein über „bedingungslose Übergabe“ zu verhandeln. Paul, der Abgeordnete des Departementes des Auswärtigen, hat auf der englischen Botschaft mit Barclay und andren Herren konfiliert. Später besuchte Barclay das Ministerium, wo er eine neue Unterredung mit Wolf hatte.

Die türkische Note.

Renovor, 14. Oktober. Der spanische Botschafter übergab heute die türkische Friedensnote, deren Text folgendermaßen lautet: Der unterzeichnete Gesandtschaftsträger der Türkei hat die Ehre, gemäß den Institutionen seiner Regierung den Staatssekretär der Vereinigten Staaten telegraphisch davon zu informieren, daß die Kaiserliche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten auffordert, die Aufgabe der Wiederherstellung des Friedens zu übernehmen und alle kriegerführenden Staaten vor dieser Forderung in Kenntnis zu setzen und sie einzuladen, Vollmächte zu delegieren, um die Verhandlungen zu beginnen. Die Kaiserliche Regierung nimmt als Grundlage der Verhandlungen das von dem Präsidenten in seiner Botschaft an den Monarchen vom 8. Januar und in den folgenden Erklärungen, besonders seiner Rede vom 29. September d. J. niedergelegte Programm an. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ersucht die Kaiserliche Regierung, daß Schritte getan werden, um einen allgemeinen Waffenstillstand umgehend abzuschließen.

Enttäuschung in Holland.

Hans, 16. Oktober. Der Hoher Nieuwe Convent bringt einen Kommentar zu der neuen Antwort Wilsons an Deutschland. Das Blatt sagt: „Vorher war es die Absicht Reuters, im Geiste von Northcliffe zu erzielen, und Wilsons Note im voraaus in dem Sinne zu kommentieren, daß das deutsche Volk in seiner Gewaltigkeit sich dagegen auflehnen würde und daß es auch der deutschen Regierung unmöglich geworden wäre, weiter zu verhandeln. Falls die deutsche Regierung von dem Wunsche besetzt ist, jetzt um jeden annehmbaren Preis Frieden zu schließen, so werden die Alliierten auch diesmal auf die Antwort eine befriedigende Infotage erhalten. Die Hauptfrage an der Note ist die Tatsache, daß Wilson vor der in der deutschen Note erwähnten Erneuerung einer gemischten Kommission, die das System der deutschen Räumung fortzusetzen hat, nichts hören will. Diese Ablehnung durch Wilson ist der entschieden schwierigste Punkt der ganzen Note.“

Auf der Ausstellungsmesse rief Wilsons Note eine grohe Enttäuschung hervor.

Der Entente-Militarismus.

Bern, 16. Oktober. Die Volks-Nationalzeitung schreibt zur neuen Note u. a.: „Natürlich ist nach der Krieg zwischen den beiden Parteien und den Nationen, zwischen jenen, die Freiheit und Liebe und jenen, die Vernichtung und Willkür und Macht sind, es schwer, eine demokratische Erneuerung und ist bereit, dem Gedanken eines durch den Vertrag geheiligten Friedens große Opfer zu bringen. Ein Studium dieser Erneuerung ist nicht unmöglich, wenn sich der Einheitsvertritt, daß man auf der einen Seite nicht geneigt ist, dem deutschen Volke einen letzten Verzweiflungskampf zu erlauben. Ob dieser Standpunkt dann unter der gewörmigen oder unter einer anderen Regierung getragen werden würde, jedenfalls kämen durch ihn, ganz abgesehen von den neuen unerreichbaren Forderungen von Monarchen, auch zwei wertvolle Güter in Gefahr, deren Erhaltung nach den Veränderungen der Vergangenheit eigentlich Sinn des Friedensstaates Deutschlands und die Errichtung eines Weltverbundes zur dauernden Sicherung des Friedens. Das Schaffen der gegenwärtigen Friedensbestrebungen könnte vielleicht wieder die einen Wille zur Herrschaft bringen, denen die Weltregierung ein Gesetz ist und die (genau wie Clemenceau und die Londoner Morningpost) die Idee eines Weltverbundes als Illusion verleihen.“

Graf Burian, das angekündigte Gespräch, in dem er u. a. ausführte:

Der Friedensschritt der Mittelmächte eröffnet, wie ich mit aufrichtiger Freude sag, den Völkern die Aussicht, daß es gelingen wird, in absehbarer Zeit an allen Fronten zur Einstellung des Friedens eines allgemeinen, dauernden und gerechten Friedens einzutreten. Die Erneuerung muß sich vernünftigem und durchdringendem, daß die Welt nicht unbedingt das Schwert zu erschrecken hat. Die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September haben den Anfang der Friedenserörterungen, der abgetretenen zu sein scheint, wieder aufgenommen, und die offenen Beziehungen des Herrn Wilson sind bei uns nicht ohne Eindruck geblieben. Meine Worte vom 27. September gedachten Ausschaltung der wütigen Weltkriege des Verständnisses entgegen. Unter Briten nationen mit Entschiedenheit ablehnen, die diesem Vorzeichen ist. Es ist eine durchaus richtige, nicht nur in den politischen, sondern auch in den tatsächlichen militärischen Verhältnissen begründete Ausschaltung, wenn der Herr Präsident der Vereinten Nationen in der Antwort an den deutschen Reichstag die Waffenstillstandsforderung und damit auch jene der Räumungsbedingungen als eine für die Mittelmächte einheitliche ansieht. Schon die politische Solidarität der Mittelmächte würde eine abgesonderte Lösung dieser Frage für einen der Feindverbündeten unmöglich machen, und die Lage an den Fronten würde die Lösung der Waffenstillstandsforderung für eine der Mittelmächte allein gleichzeitig auslösen.“

Es wird sich also mit darum handeln, die technischen Voraussetzungen für die Durchführung der Räumung zu schaffen, welche die Vereinbarungen zu treffen sein werden. Es ist wohl kein zu weisender Optimismus, wenn ich bei dieser Sache optimistisch, daß wir kurz vor der Einstellung der Feindverbündeten stehen können und in kurzer Zeit mit den Mächten des Verbands in Verhandlungen eintreten werden.“

Die Ausgestaltung der

inneren Verhältnisse der Monarchie

wird genaue Zeit erfordern. Das ist eine Arbeit, die die Zukunft der Monarchie ist, da es sich erforderlich erweist, auf aus dauernde Beziehungen beider Art und die patriotische Einheit, überzeugende Verbindlichkeit und Offenwilligkeit der Völker erfordern wird. Was die Zusammenfassung der zu den Friedensverhandlungen zu entziehenden Delegationen anlangt, so ist es klar, daß dieselbe keinen rein politischen und bureaukratischen Charakter tragen soll. Zu allen Fragen, die ingenieure Kenntnisse voraussetzen, werden Fachmannen herausgezogen werden. Empfehlungen werden ich meine die Einstellung eines aus den geschäftlichen Kooperationen gewohnten Belegs zur Einführung eines würdigen Kontaktes mit den Völkervertretern. Insofern vereint mit unseren treuen deutschen Bundesgenossen und mit der Türkei die Art der für sie durch das Zusätzliche Bulgarien geschaffenen schwierigen Lage in Erfüllung der übernommenen Vorderpflichten aufzuhalten, werden wir in die Verhandlungen eintreten. Wir werden bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen unser Vorgehen in jedem gegenseitigen Einvernehmen mit unseren Verbündeten halten.“

Über das Problem des Weltverbundes und die damit zusammenhängenden Fragen sagte Graf Burian: Die Schaffung der Liga der Nationen bildet die Voraussetzung für das Aufzubauen eines Friedens der unparteiischen Geschäftigkeit. Mit ihrer Aufrichtung wird die auf dem Machtprinzip beruhende Politik des Kleidungsstückes der Mächtiggruppen ihr Ende finden. Die einheitliche Organisation der Staaten wird ihre Erweiterung in einer zu schaffenden überstaatlichen Weltzugehörigkeit finden. Die Herausbildungen der Mächte und die Freiheit der Staatsfunktionen und die Freiheit der Mächte und die Freiheit der Mächte wieder aufzunehmen, ist unser aufdringliches Programm. Einem friedlichen und freundlichen Handelsverkehr mit allen Nationen wieder aufzunehmen, ist unser aufdringliches Programm.“

Bezüglich Polens erklärte der Minister: Unsere Befestigungen Polens gegenüber sind unverändert, und wir wollen so wie bisher unter Verstärkung der Rechte und Interessen der österreichisch-polnischen Monarchie und im Einvernehmen mit Deutschland unsere leichten Annexionen doran wenden, die Ausdehnung des polnischen Staates zu fördern und die auf das Wohl Polens gerichteten Bestrebungen der polnischen Regierung mit besten Kräften zu unterstützen.“

41000 Tonnen versenkt.

Berlin, 15. Oktober. (Amtlich.) Am Atlantischen Ozean versenkten unsre U-Boote 41000 Brutto-Register-Tonnen Handelsfahrzeuge, darunter mehrere Tank-Dampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Neue Reichstagsrechte.

Berlin, 15. Oktober. Der Bundesrat stimmte heute Vormittag einem Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 11 des Reichstagsverfassung zu. Abz. 2 des Artikels wird dahin geändert: Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt. Abz. 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Staatsverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgefechtung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages.

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Die neuen Bestimmungen enthalten eine wichtige Geweitung der Macht des Reichstags. Daher braucht man den Reichstag nach einer Kriegerklärung nur, damit er die Mittel zur Kriegsführung bewillige. Im Falle soll die Zustimmung des Reichstags zu einer jeden Kriegserklärung notwendig sein. Gleichzeitig ist die neue Bestimmung allein den Reichstag nicht davor, daß er eines schönen Tages vor vollendete Fakten gestellt wird, die für ihn sehr unangenehm sind. Die Hauptfahne wird immer bleiben, daß eine Regierung vorhanden ist, die wie die genenwige in engster Führung mit der Weisheit des Reichstags steht.

Deutsches Reich.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über den Reichskanzlerbrief.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß sich am Dienstag mit der Situation, wie sie durch den Brief des Reichskanzlers an den Prinzen von Hohenlohe geschaffen worden ist. Die Fraktion beschloß gegen wenige Stimmen, daß momentan kein Anlaß dazu vorliege, eine Haagerkri-

Deutschlands Friedensbestrebungen.

† Wien, 15. Oktober. Im Auschluß der ungarischen Delegation für Neuherrn hielt der Minister des Neuherrn,